

# Nicht gezahlt, weil geschludert wurde

## Stadtverwaltung weist Vorwürfe der Baugenossenschaft zurück

Beeskow (ima) „Es ist ungerechtfertigt, solche Äußerungen zu machen“, erklärt Jochen Nagel, im Beeskower Bauamt verantwortlich für das Gebiet Hochbau. Gemeint sind damit die Äußerungen des Vorstandsvorsitzenden der Baugenossenschaft Beeskow e.G. in Ranzig, Wolfram Gattig (Spree-Journal vom 9. Oktober 1993, S. 9). Dieser hatte der Stadt Beeskow vorgeworfen, Rechnungen seit einem Jahr nicht zu bezahlen.

Diese Vorwürfe weist Jochen Nagel zurück. Diese Gelder seien – so wie es die Gesetze erlauben – Restbeträge, die als Sicherheit einbehalten worden sind, weil Leistungen noch offen sind, die bei der Übergabe des Baues an der Beeskower Gesamtschule nicht erledigt worden waren. Nachbesserungen bei mangelhaften Fliesenleger- und Fußbodenarbeiten stünden aus. „Wir haben mehrfach mit der Baugenossen-

schaft mündlich und schriftlich Termine vereinbart, wann die Nachbesserungen ausgeführt werden sollen, doch die wurden nicht eingehalten“, erklärt Jochen Nagel.

Es sei auch nicht richtig, so Jochen Nagel, daß die Stadt Rechnungen seit über einem Jahr offenstehen lasse. „Wir haben seit Dezember 1992 die Baugenossenschaft mehrmals gemahnt, uns eine Schlußrechnung zu erstellen. Die ist allerdings erst im Juni 93 eingegangen“, setzt er hinzu. Die Stadt, erklärt der Mitarbeiter im Bauamt, sei bemüht und daran interessiert Betriebe zu erhalten und nicht zu ruinieren. „Die Stadt bevorzugt ja auch heimische Betriebe bei beschränkten Ausschreibungen.“ Die Baugenossenschaft allerdings sei bei anderen Bauprojekten der Stadt dann nicht mehr bedacht worden, erklärt Nagel.

Thomas Heine, der stellvertretende Vorstandsvorsitzende des Ranziger Unternehmens, gesteht ein, daß Fliesenleger- und Fußbodenarbeiten mangelhaft ausgeführt worden sind. Einige Nachbesserungen – am Putz und den Toilettenanlagen – habe die Firma auch ausgeführt. Aber: Einerseits sei die einbehaltene Summe zu hoch, andererseits sei es vertraglich nicht vereinbart gewesen, daß die Stadt Geld als Sicherheitsbetrag zurückbehält. Außerdem seien noch Rechnungen offen für Leistungen, die nachweislich erbracht wurden. „Ich weigere mich, Mängel abzustellen, solange keine Rechnungen bezahlt werden für Dinge, die in Ordnung gebracht worden sind“, erklärt Thomas Heine. Doch dazu ist die Baugenossenschaft, die unter Zwangsverwaltung steht und deren Belegschaft zum großen Teil nicht arbeitet, nicht mehr in der Lage.